Satzung des Vereins

„Assistenz Kollektiv Köln e.V.“

§ 1 Name und Sitz des Vereins

1. Der Verein führt den Namen „Assistenz Kollektiv Köln e.V.“
2. Der Verein hat seinen Sitz in Hürth.
3. Der Verein ist in das Vereinsregister eingetragen und damit rechtsfähig gemäß § 21 BGB.

§ 2 Zweck des Vereins

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
2. Zweck des Vereins ist Förderung der Wohlfahrtspflege (§ 52 Abs. 2 Nr. 9 i.V.m. § 66 AO) und die Förderung mildtätiger Zwecke (§ 53 AO). Der Vereinszweck konkretisiert sich in der Unterstützung von hilfsbedürftigen Personen mit körperlicher Behinderung, um diesen im höchstmöglichen Maße ein selbstbestimmtes, selbstorganisiertes, selbstverantwortliches und gleichberechtigtes Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen und Heimeinweisungen auf Dauer zu vermeiden. Diese Unterstützung erfolgt insbesondere durch Beratungsleistungen sowie Organisation und Bereitstellung einer persönlichen 24-Stunden-Assistenz einschließlich der hierfür erforderlichen Qualifizierung und Fortbildung von Assistenzkräften, wobei die Betroffenen die benötigte Hilfe möglichst nach ihren eigenen Bedürfnissen selbst organisieren und verwalten. Der vorstehend dargelegte Zweck des Vereins wird außerdem gefördert durch Aktivitäten zum Abbau von - körperbehinderte Menschen einschränkenden - Barrieren in Öffentlichkeit und Gesellschaft.
3. Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch
 - a) die Unterstützung der Hilfsbedürftigen in deren Alltag bei der Erfüllung ihrer ordentlichen und außerordentlichen Aufgaben;
 - b) Beratung und weiterführende Begleitung zur Ermöglichung einer auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen Hilfsbedürftigen angepassten Hilfe für sämtliche Lebenssituationen, in denen Hilfeleistungen benötigt werden;
 - c) die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung und Eigenverwaltung durch Unterstützung der Hilfsbedürftigen in finanzieller und sozialer Hinsicht sowie durch diesbezügliche individuelle Beratung;
 - d) Abbau von Hürden im Alltag durch Beratung zu den Themen Selbstständigkeit mit Assistenz, Persönliches Budget etc.;
 - e) Einweisung, Aufklärung und Schulung der Assistenzkräfte für die konkrete Arbeit vor Ort;
 - f) praxisnahes Erarbeiten und Testen von für körperbehinderte Menschen geeigneten Lebens- und Wohnformen;
 - g) Aufklärung der Öffentlichkeit im Sinne der Vereinsziele;

- h) Organisation und Durchführung von Veranstaltungen und Kulturprogrammen zur Zusammenführung von Menschen mit und ohne Behinderung zum allgemeinen Austausch sowie zwecks Abbau von Vorurteilen und mentalen Barrieren in der Gesellschaft, die behinderte Menschen ausgrenzen und isolieren;
 - i) Zusammenarbeit und Austausch mit anderen - ebenfalls sozial benachteiligte Gruppen vertretenden - gemeinnützigen Vereinen und Organisationen zur optimalen Erreichung der vorstehend aufgeführten Ziele.
4. Der Verein bezweckt außerdem die Förderung und Mittelbeschaffung für andere Körperschaften für die Verwirklichung von deren steuerbegünstigten Zwecken im Sinne von § 2 dieser Satzung oder ähnlicher steuerbegünstigter Zwecke.
 5. Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
 6. Der Verein kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben Hilfspersonen im Sinne des § 57 Abs. 1 S. 2 AO bedienen. Der Verein ist im Übrigen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zu allen Maßnahmen, Projekten und Aktionen berechtigt, die der Verwirklichung der Vereinszwecke dienen. Er ist in der konkreten Auswahl der in Abs. 3 genannten Mittel zur Zweckerreichung je nach Bedarf und finanziellen Möglichkeiten frei. Die Vereinszwecke können im In- und Ausland verfolgt werden.
 7. Als Körperschaft im Sinne von § 2 Abs. 4 dieser Satzung gelten solche Mittelempfänger, die von ihrer Rechtsform her einer Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse im Sinne des Körperschaftsteuergesetzes entsprechen oder – bei ausländischen Körperschaften – vergleichbar sind. Sofern es sich dabei um inländische Körperschaften handelt, müssen diese außerdem vom Finanzamt als steuerbegünstigten Zwecken dienend anerkannt sein.

§ 3 Mittel des Vereins

1. Die Mittel, die der Verein zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt, werden hauptsächlich durch Spenden, Vergütungen der Sozialleistungsträger und etwaige sonstige Zuwendungen / Einnahmen aufgebracht. Mitgliedsbeiträge werden nicht erhoben.
2. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Zulässig sind die Erstattung der im Rahmen einer Tätigkeit für Zwecke des Vereins entstandenen Kosten, die Vergütung im Rahmen der Übungsleitervergütung (derzeitiger § 3 Nr. 26 EStG) bzw. der Ehrenamtszuschale (derzeitiger § 3 Nr. 26a EStG) und die Vergütung für Dienstleistungen im Rahmen ordentlicher Anstellungsverhältnisse oder sonstiger berufsmäßiger Tätigkeit für den Verein. Die Mitglieder erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung des Vereins keinen Anteil am Vereinsvermögen.
3. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
4. Der Vorstand kann bei Bedarf und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Haushaltslage beschließen, dass Vorstands- und Vereinsämter entgeltlich in angemessener Höhe auf der Grundlage eines Dienstvertrages oder gegen Zahlung einer pauschalierten Aufwandsentschädigung (Ehrenamtszuschale) ausgeübt werden.

Der Vorstand kann außerdem bei Bedarf und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Haushaltslage beschließen, Aufträge über Tätigkeiten für den Verein gegen eine angemessene Vergütung oder Honorierung an Dritte zu vergeben.

§ 4 Mitgliedschaft

1. Mitglieder können alle natürlichen und juristischen Personen werden, die die Ziele des Vereins unterstützen und ausreichend Gewähr für die aktive Förderung des Vereinszwecks bieten. Grundlage der Vereinsarbeit ist zudem das Bekenntnis aller Mitglieder des Vereins zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Der Verein bietet nur solchen Personen die Mitgliedschaft an, die sich zu diesen Grundsätzen bekennen, und tritt allen extremistischen Bestrebungen entschieden entgegen. Mitglieder von extremistischen Organisationen, gleich welcher politischen Ausrichtung, sowie Mitglieder rassistisch und fremdenfeindlich organisierter Organisationen, Parteien oder religiöser Gruppierungen, können nicht Mitglied des Vereins werden. Sie scheiden - ohne dass es eines Ausschlusses bedarf - ohne weiteres aus dem Verein aus, falls sich nachträglich eine solche Mitgliedschaft in einer extremistischen Organisation herausstellen sollte. Gleiches gilt bei der Kundgabe rechtsextremer, rassistischer oder fremdenfeindlicher Haltungen innerhalb und außerhalb des Vereins.

Ebenso können Mitglieder, die sich menschenfeindlich verhalten, aus dem Verein ausgeschlossen werden. Dies gilt insbesondere bei Verstößen gegen die Werte des Vereins, die auf Respekt, Gleichberechtigung und Solidarität beruhen.

Als menschenfeindliches Verhalten gelten insbesondere Handlungen oder Äußerungen, die auf eine Diskriminierung oder Abwertung von Menschen abzielen. Dies umfasst, aber ist nicht beschränkt auf:

- a) Diskriminierung oder Abwertung aufgrund ethnischer Herkunft, Hautfarbe oder kultureller Zugehörigkeit.
 - b) Diskriminierung oder Abwertung aufgrund des Geschlechts, der geschlechtlichen Identität oder der sexuellen Orientierung.
 - c) Diskriminierung oder Abwertung aufgrund einer Behinderung oder chronischen Erkrankung.
 - d) Diskriminierung oder Abwertung aufgrund religiöser Zugehörigkeit oder Weltanschauung.
2. Grundsätzlich wird hinsichtlich der Mitgliedschaft zwischen fördernden und ordentlichen Mitgliedern unterschieden. Juristische Personen mit mehreren Vertretungsberechtigten haben insgesamt nur eine Stimme in der Mitgliederversammlung. Das Stimmrecht ist dementsprechend auf einen Vertretungsberechtigten zu übertragen und kann nur von diesem ausgeübt werden.

Die Mitgliedschaft wird durch Aufnahme erworben. Über die Aufnahme entscheidet die Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstands nach schriftlichem oder mündlichen Antrag, der sich eindeutig auf eine Mitgliedschaft als ordentliches oder förderndes Mitglied richten muss.
 3. Die ordentlichen Mitglieder genießen die vollen Mitgliedschaftsrechte. Sie haben insbesondere ein Stimm- und Wahlrecht in der Mitgliederversammlung.

4. Fördernde Mitglieder haben kein Stimmrecht.
5. Die Mitgliedschaft erlischt mit dem Tod des Mitglieds (bei natürlichen Personen) bzw. der Auflösung der juristischen Person sowie durch Austritt oder durch Ausschluss.
6. Jedes Mitglied kann durch Abgabe einer schriftlichen Erklärung gegenüber dem Vorstand oder einem seiner Mitglieder zu jeder Zeit mit einer Kündigungsfrist von einem Monat zum Monatsende aus dem Verein austreten.
7. Ein Ausschluss hat zu erfolgen, wenn das Mitglied gegen die Interessen des Vereins handelt oder in offenkundiger Weise nicht mehr die Mitgliedschaftsvoraussetzungen des Abs. 1 erfüllt. Abs. 1 Sätze 5 und 6 bleiben unberührt.

Vor der Beschlussfassung über einen Ausschluss ist dem betroffenen Mitglied Gelegenheit zur Stellungnahme/Anhörung zu gewähren. Mit der Beendigung der Mitgliedschaft verliert das Mitglied auch die etwa von ihm bekleideten Ämter.

8. Die Mitgliedschaft ist nicht übertragbar und nicht vererblich.

§ 5 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat.

§ 6 Der Vorstand

1. Der Vorstand des Vereins besteht aus insgesamt drei gleichberechtigten Vorstandsmitgliedern, die von der Mitgliederversammlung aus ihren Reihen gewählt werden.
2. Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich vertreten. Vorstandsmitglieder sind von den Beschränkungen des § 181 BGB nicht befreit.

Sätze 1 und 2 gelten auch für die Vertretung des Vereins gegenüber einzelnen Vorstandsmitgliedern hinsichtlich der Abgabe von Willenserklärungen, insbesondere solchen, die auf den Abschluss von Rechtsgeschäften (z.B. Anstellungsverhältnissen, Vergütungsvereinbarungen) mit dem einzelnen Vorstandsmitglied gerichtet sind. Der Verein wird bei Abgabe derartiger Willenserklärungen gegenüber einem Vorstandsmitglied somit stets durch zwei andere Vorstandsmitglieder vertreten.

3. Die Aufgaben des Vorstands sind:
 - a) Leitung und Verwaltung des Vereins sowie Vertretung des Vereins nach außen,
 - b) Überwachung der Arbeit des Vereins hinsichtlich des satzungsmäßigen Vereinszwecks,
 - c) Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung,
 - d) Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung,
 - e) Erstellung der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Jahresberichtes,
4. Die Mitglieder des Vorstands werden von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von einem Jahr, vom Tage der Wahl an gerechnet, gewählt. Sie bleiben im Amt, bis ein neuer Vorstand gewählt ist. Wählbar sind nur Vereinsmitglieder. Wiederholte Wiederwahl ist möglich. Eine gleichzeitige Mitgliedschaft im Vorstand und im Aufsichtsrat ist ausgeschlossen.

5. Beim Ausscheiden eines Mitglieds des Vorstands vor Ablauf seiner regelmäßigen Amtsdauer ist durch die verbleibenden Vorstandsmitglieder unverzüglich ein Nachfolger bis zur Wahl eines neuen Vorstandsmitglieds / Nachfolgers im Rahmen der nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung zu bestellen.
6. Bei folgenden Geschäften und Rechtshandlungen benötigt der Vorstand im Innenverhältnis die vorherige Zustimmung der Mitgliederversammlung:
 - a) bei Verwendung von Mitteln des Vereins, sofern im Einzelfall der Betrag von 5.000,-- EUR (in Worten: fünftausend Euro) überschritten wird,
 - b) bei An- oder Vermietung, Kauf, Verkauf oder Belastung von Immobilien,
 - c) bei Aufnahme oder Hingabe von Darlehen mit einem Betrag von mehr als 5.000,-- EUR (in Worten: fünftausend Euro),
 - d) bei der Übernahme von Bürgschaften oder anderen Sicherheiten.

Keiner Zustimmung bedürfen der Abschluss, die Änderung oder Beendigung von Arbeits-/ Dienstverträgen im Rahmen des normalen Geschäftsbetriebs. Dies gilt ausdrücklich nicht für entgeltliche Verträge (z.B. Arbeits-/Anstellungsverträge oder Dienstleistungsverträge) mit Vorstandsmitgliedern, die stets der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen.
7. Der Vorstand trifft seine Entscheidungen auf Vorstandsversammlungen mit einfacher Mehrheit. Kommt es zu keiner Mehrheitsentscheidung, kann der Vorstand die Frage der Mitgliederversammlung zur Entscheidung vorlegen.
8. Der Vorstand hält regelmäßig, mindestens aber zweimal jährlich Vorstandsversammlungen ab, wobei jedes Vorstandsmitglied zur Einberufung berechtigt ist. Die getroffenen Beschlüsse sind schriftlich zu protokollieren und von mindestens zwei Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen.

§ 7 Die Mitgliederversammlung

1. Jährlich einmal hat der Vorstand eine ordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen. Der Vorstand hat außerdem unverzüglich eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, wenn mindestens 10 % der Mitglieder die Einberufung schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe beantragen, wenn das Vereinsinteresse es erfordert oder wenn ein Vorstandsmitglied ausscheidet. Kommt der Vorstand der Aufforderung zur Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung durch mindestens 10 % der Mitglieder nicht innerhalb einer Frist von 2 Wochen nach, können die Antragsteller diese selbst einberufen.

Zudem steht auch dem Aufsichtsrat gemäß § 8 Abs. 2 ein eigenes Recht zur Einberufung außerordentlicher Mitgliederversammlungen zu.

Die Mitgliederversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes,
- b) Wahl und Abberufung der Aufsichtsratsmitglieder gemäß § 8,
- c) Beschlussfassung über die Aufnahme und den Ausschluss von Vereinsmitgliedern,
- d) Entgegennahme des Jahresberichtes des Vorstands,
- e) Entgegennahme und Genehmigung des Jahresabschlusses,

- f) Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstandes,
- g) Wahl der Rechnungsprüfer,
- h) Beschlussfassung über Änderung der Vereinssatzung und des Vereinszwecks,
- i) Beschlussfassung über zustimmungsbedürftige Geschäfte und Rechtshandlungen nach § 6 Abs. 6 sowie Beschlussfassung in den Fällen des § 6 Abs. 7.

In den Fällen des vorstehenden Buchstaben a) und b) hat das jeweilige Vorstands- bzw. Aufsichtsratsmitglied kein Stimmrecht. Zudem haben sämtliche Vorstandsmitglieder kein Stimmrecht in den Fällen der vorstehenden Buchstaben f) und g).

2. Jede ordentliche und außerordentliche Mitgliederversammlung ist unter Angabe der Tagesordnung und unter Einhaltung einer Frist von 4 Wochen bis zum Versammlungstermin einzuberufen. Die Einberufung hat in Textform zu erfolgen.

Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung der Einladung folgenden Tag. Einladungen gelten dem Mitglied als zugegangen, wenn sie an die letzte dem Vorstand bekannt gewordene postalische oder digitale Adresse gerichtet ist.

Jedes Mitglied und der Aufsichtsrat, soweit dieser einen entsprechenden Beschluss gefasst hat, sind berechtigt, zusätzliche Tagesordnungspunkte bis 2 Wochen vor dem Termin der Mitgliederversammlung in Textform beim Vorstand einzureichen.

Der Vorstand ist verpflichtet, bis spätestens eine Woche vor der Mitgliederversammlung allen Mitgliedern des Vereins die Ergänzung mitzuteilen. Hinsichtlich der Formen und Fristen der Einreichung sowie der Mitteilungen an die Mitglieder gelten im Übrigen Sätze 2 bis 4 entsprechend.

3. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Viertel (75 %) der ordentlichen Vereinsmitglieder anwesend oder durch Vollmacht vertreten sind. Bei Beschlussunfähigkeit ist der Vorstand verpflichtet, innerhalb von 3 Wochen und unter Einhaltung der Einberufungsfrist des Absatzes 2 eine zweite Mitgliederversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen. Diese ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden oder durch Vollmacht vertretenen Mitglieder beschlussfähig. Hierauf ist in der Einladung hinzuweisen. Für die Einberufung der Wiederholungsversammlung und die Berechnung der Frist gilt Abs. 2 entsprechend.

4. Soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt, beschließt die Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von 75 % der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder. Mitglieder, die sich der Stimme enthalten, gelten als abwesend. Ihre Stimmen sind nicht mitzuzählen. Die Mehrheit ist nur nach der Zahl der abgegebenen Ja- und Nein-Stimmen zu berechnen. Mitglieder, die gemäß Abs. 5 durch Vollmacht vertreten werden, gelten für Beschlussfassungen als anwesend.

Eine Mehrheit von 90 % der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder ist erforderlich für Beschlüsse über

- a) die Änderung der Satzung,
- b) die Änderung des Vereinszwecks,
- c) die Auflösung des Vereins,

Bei Stimmenthaltung gilt die Regelung gemäß Satz 2 bis 4 dieses Absatzes.

5. Jedes Mitglied kann sich in der Mitgliederversammlung durch ein anderes Mitglied vertreten lassen. Für die Ausübung des Stimmrechts ist eine in Textform erteilte Vollmacht des Mitglieds erforderlich, die einem Vorstandsmitglied vorzulegen bzw. zu übersenden ist.
6. Die Mitgliederversammlung wird von einem Vorstandsmitglied, das vom Vorstand bestimmt wird, geleitet. Sind keine Vorstandsmitglieder anwesend, bestimmt die Mitgliederversammlung aus ihren Reihen den Versammlungsleiter.
7. Ein vom Vorstand bzw. - in entsprechender Anwendung von Abs. 6 Satz 2 - von der Mitgliederversammlung bestimmter Protokollführer hat über die Mitgliederversammlung eine Niederschrift zu fertigen, die von dem Protokollführer und dem Versammlungsleiter zu unterschreiben ist. Jedes Vereinsmitglied erhält auf formlosen Einzelantrag eine Kopie der Niederschrift.
8. Beschlussfähig sind nur die in der Einladung aufgeführten oder gemäß Abs. 2 ergänzten Tagesordnungspunkte. Eine Beschlussfassung über andere Gegenstände ist ausgeschlossen.
9. Mitgliederversammlungen können nach Bestimmung des Vorstands auch
 - a) ohne körperliche Anwesenheit der Mitglieder an einem gemeinsamen Versammlungsort im Wege der elektronischen Kommunikation in Form einer Telefon- und / oder Videokonferenz, oder
 - b) durch eine Mitgliederversammlung mit körperlicher Anwesenheit eines Teils der Mitglieder am Versammlungsort in Verbindung mit der Teilnahmemöglichkeit für die anderen Mitglieder im Wege der elektronischen Kommunikation (Telefon- und / oder Videokonferenz)durchgeführt werden.

Bei der Einberufung muss auch angegeben werden, wie die Mitglieder ihre Rechte im Wege der elektronischen Kommunikation ausüben können.

10. Beschlüsse der Mitglieder können auf Veranlassung des Vorstands auch außerhalb von Mitgliederversammlungen in Textform im Umlaufverfahren gefasst werden, wenn alle Mitglieder daran beteiligt werden, mindestens 2/3 der Mitglieder mit dem Verfahren einverstanden sind und eine angemessene Frist von mindestens vier Wochen für die Rückäußerung bzw. Stimmabgabe gesetzt wird. Nicht fristgerecht abgegebene Stimmen und Stimmenthaltungen sind bei der Abstimmung nicht zu berücksichtigen. Die Mehrheit ist nur nach der Zahl der abgegebenen Ja- und Nein-Stimmen zu berechnen.

Der Vorstand trägt dafür Sorge, dass alle Mitglieder die Gelegenheit haben, sich zu den Beschlussvorlagen zu äußern.
11. In Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich des Vorstandes fallen, kann die Mitgliederversammlung mit der in Abs. 4 festgelegten Stimmenmehrheit Empfehlungen oder Weisungen an den Vorstand beschließen. Der Vorstand ist an Weisungen der Mitgliederversammlung gebunden.

§ 8 Der Aufsichtsrat

1. Der Aufsichtsrat des Vereins besteht aus drei Personen, von denen eine Person Assistentennehmer, eine Person Assistentenkraft und eine Person Rechnungsprüfer sein muss. Mitglieder

des Vorstands können nicht gleichzeitig Mitglieder des Aufsichtsrats sein. Nach dem Ausscheiden aus dem Vorstand ist insoweit vor einer Wahl in den Aufsichtsrat eine Sperrfrist von einem Jahr einzuhalten.

2. Die Aufgabe des Aufsichtsrats besteht in einer Beaufsichtigung und Kontrolle der Vorstandstätigkeit.

Zu den Aufgaben des Aufsichtsrats gehören insbesondere:

- a) die Überwachung der Einhaltung der in der Satzung formulierten Aufgaben des Vereins,
- b) die Überwachung der Tätigkeit des Vorstands,
- c) die Überprüfung von Beschwerden, die gegen den Vorstand erhoben werden,
- d) die wirtschaftliche Überprüfung der Gehaltsstruktur und weiterer Mittelverwendungen sowie diesbezüglicher Entscheidungen,
- e) Empfehlungen an die Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung über den Jahresabschluss,
- f) die Vertretung der jeweiligen Interessensgruppen innerhalb des Vereins.
- g) die Beschlussfassung über die Zustimmung bei entgeltlichen Vereinbarungen zwischen dem Vorstand und dem Verein.

Zur Erfüllung seiner vorstehenden Aufgaben ist der Aufsichtsrat berechtigt, ggf. selbst außerordentliche Mitgliederversammlungen einzuberufen oder im Hinblick auf bereits anberaumte Mitgliederversammlungen zusätzliche Tagesordnungspunkte beim Vorstand einzureichen. Hierbei sind die Formen und Fristen gemäß § 7 Abs. 2 einzuhalten.

3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden von der Mitgliederversammlung für die Dauer von einem Jahr gewählt; die Assistenznehmer und die Assistenzkräfte jedoch nur von Mitgliedern, die ihrer jeweiligen Interessensgruppe (Assistenznehmer, Assistenzkräfte) angehören. Sollte sich aus der jeweiligen Interessengruppe kein zur Übernahme des Aufsichtsratsmandats bereites Mitglied finden, kann die betroffene Interessengruppe auch ein Aufsichtsratsmitglied wählen, das nicht ihrer Gruppe angehört. Die gemäß § 9 von der Mitgliederversammlung gewählten Rechnungsprüfer bestimmen unter sich, welcher Rechnungsprüfer Mitglied des Aufsichtsrats wird. Können sich die Rechnungsprüfer nicht einigen, entscheidet die Mitgliederversammlung. Jede natürliche Person kann sich nur zur Wahl für ein Aufsichtsratsmandat stellen. Wiederholte Wiederwahl ist möglich.
4. Zur Erfüllung der Aufgaben des Aufsichtsrats kommen dessen Mitglieder regelmäßig, mindestens aber zweimal im Jahr, zusammen. Zur Einberufung der Sitzungen ist jedes Aufsichtsratsmitglied berechtigt.

Der Vorstand und eine beliebige Person aus der Verwaltung können zwecks Befragung bzw. Erörterung seiner/ihrer Tätigkeiten und Maßnahmen zu den Sitzungen des Aufsichtsrats geladen werden. Der Vorstand sollte in diesem Fall mit mindestens zwei Vorstandsmitgliedern an der Sitzung des Aufsichtsrats teilnehmen. Die Vorstandsmitglieder und die Person aus der Verwaltung sind in den Aufsichtsratssitzungen nicht stimmberechtigt.

Beschlüsse des Aufsichtsrats werden idealerweise per Konsens, mindestens aber durch Mehrheitsbeschluss herbeigeführt. Sofern ein einstimmiger Beschluss nicht zustande kommen sollte, ist der Mehrheitsbeschluss in Textform zu begründen und zu protokollieren.

5. Mitglieder des Aufsichtsrates können jederzeit in Textform ihren Rücktritt gegenüber dem Vorstand erklären.

Beim Ausscheiden eines Mitglieds des Aufsichtsrats vor Ablauf seiner regelmäßigen Amtsdauer hat der Vorstand unverzüglich eine Beschlussfassung der Mitglieder des Vereins im Umlaufverfahren nach den Regelungen des § 7 Abs. 10 einzuleiten und durchzuführen, um einen kommissarischen Nachfolger des Ausgeschiedenen bis zur Wahl eines neuen Aufsichtsratsmitglieds/Nachfolgers im Rahmen der nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung zu bestellen.

Der kommissarische Nachfolger muss derselben Interessengruppe wie das ausgeschiedene Mitglied angehören. Im Übrigen gelten die Regelungen gemäß Abs. 3 Satz 2 ff. entsprechend.

6. Der Aufsichtsrat kann sein Informationsrecht durch die Einsicht und Prüfung der Vereinsbuchhaltung, der Vermögensbestände sowie der schriftlichen und elektronischen Aufzeichnungen ausüben.
7. Der Aufsichtsrat kann Sitzungen als Video- oder Telefonkonferenzen durchführen und Entscheidungen im Umlaufverfahren herbeiführen, sofern die Mehrheit der Aufsichtsratsmitglieder einverstanden ist. Im Übrigen gelten die Regelungen des § 7 Absätze 9 und 10 entsprechend.
8. Die Aufsichtsratsmitglieder können eine im Verhältnis zu ihren Aufgaben angemessene Entschädigung erhalten, die von der Mitgliederversammlung festgelegt wird und die Höhe der Ehrenamtpauschale nach § 3 Nr. 26a EStG nicht überschreiten darf.

§ 9 Rechnungsprüfung

Nach Ablauf eines Geschäftsjahres und vor der ordentlichen Mitgliederversammlung hat eine Rechnungsprüfung für das vergangene Geschäftsjahr durch zwei von der Mitgliederversammlung gewählte Rechnungsprüfer zu erfolgen. Über das Ergebnis ist in der darauf folgenden ordentlichen Mitgliederversammlung zu berichten.

§ 10 Auflösung des Vereins

1. Die Auflösung des Vereins kann nur mit der in § 7 Abs. 4 festgelegten Stimmenmehrheit beschlossen werden. Sofern die Mitgliederversammlung nichts anderes mit einfacher Mehrheit beschließt, sind zwei von der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit gewählte Mitglieder des Vorstands gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren. Dies gilt auch für den Fall, dass der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert.
2. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an eine oder mehrere juristische Personen des öffentlichen Rechts oder andere steuerbegünstigte Körperschaften zwecks Verwendung für die Unterstützung von Personen, die im Sinne von § 53 der Abgabenordnung wegen Körperbehinderung bedürftig sind, in erster Linie im Sinne des § 2 dieser Satzung. Die Entscheidung über die Auswahl der Körperschaften im Sinne des vorstehenden Satzes und über das Verhältnis, zu dem das Vermögen diesen Körperschaften anfällt, trifft die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit.

Die Körperschaften im Sinne der Sätze 1 und 2 müssen Mitgliedsorganisationen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes - Gesamtverband e.V. - oder eines seiner Landesverbände sein.

§ 11 Haftung

1. Die Vereinsorgane sowie andere mit der Wahrnehmung von Tätigkeiten für den Verein befasste Vereinsmitglieder haften dem Verein bzw. den Mitgliedern für einen in Wahrnehmung ihrer Organpflichten bzw. Tätigkeiten verursachten Schaden nur bei Vorliegen von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit, es sei denn, eine Haftung wegen einfacher Fahrlässigkeit ist durch eine entsprechende Versicherung gedeckt.
2. Sind die Organe sowie andere mit der Wahrnehmung von Tätigkeiten für den Verein befasste Vereinsmitglieder einem Dritten zum Ersatz eines in Wahrnehmung ihrer Organpflichten bzw. Tätigkeiten verursachten Schadens verpflichtet, können sie von dem Verein die Befreiung von der Verbindlichkeit verlangen, es sei denn, der Schaden wurde vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht. Der Befreiungsanspruch gegenüber dem Verein entfällt, soweit der Schadenersatzanspruch des Dritten bzw. die Haftung des Organs oder des für den Verein tätigen Vereinsmitglieds gegenüber dem Dritten durch eine entsprechende Versicherung gedeckt ist.

§ 12 Geltung des BGB

Soweit diese Satzung keine abweichenden Bestimmungen enthält, gelten die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) über den rechtsfähigen Verein.

§ 13 Gerichtsstand

Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten aufgrund dieser Satzung sowie zwischen dem Verein und seinen Mitgliedern ist Köln.

§ 14 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Satzung unwirksam sein oder werden, berührt dies die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht.

In einem solchen Falle sind die Mitglieder des Vereins verpflichtet, anstelle der ungültigen Satzungsbestimmung eine dem Gewollten möglichst nahekommende rechtsgültige Regelung durch Beschluss der Mitgliederversammlung zu treffen.

Das Gleiche gilt im Falle einer etwaigen Regelungslücke.